

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 19.06.2015

Von Yad Vashem lernen - Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen zukunftsfest aufstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Gedenkstätten in Niedersachsen leisten herausragende Arbeit, um die Erinnerung an den Holocaust und an die Verbrechen des Nationalsozialismus wachzuhalten. Eine wichtige Rolle spielen sie bei der pädagogischen Aufbereitung und Einordnung der geschichtlichen Ereignisse in Niedersachsen, insbesondere bei der schulischen Erinnerungsarbeit. Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten fördert und unterstützt Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen auf vielfältige Weise.

Für Fahrten von Schülergruppen zu den niedersächsischen Gedenkstätten stellt das Land über die Stiftung 50 000 Euro jährlich zur Verfügung. Laut einem Bericht der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 18. Mai 2015 waren die Mittel für das laufende Jahr bereits im April 2015 ausgeschöpft.

Die Gedenkstätte Bergen-Belsen steht ebenso wie die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel im Mittelpunkt der Arbeit der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. Im früheren Konzentrations- und Kriegsgefangenenlager Bergen-Belsen kamen durch Gewalt, Krankheiten und Hunger mehr als 70 000 Menschen ums Leben. Heute ist Bergen-Belsen ein internationaler Ort der Erinnerung, des Gedenkens und der Mahnung. Die Gedenkstätte ist ein weltweit bekanntes Symbol für den Völkermord an den Juden wie Auschwitz und Yad Vashem. Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung erhält die Gedenkstätte auch Mittel aus der institutionellen Förderung des Bundes.

Der wohl wichtigste Impulsgeber für Weiterentwicklungen in der Gedenkstättenarbeit sowie der historisch-politischen Bildung im Zusammenhang mit dem Holocaust ist die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. 2013 hat die Kultusministerkonferenz eine Gemeinsame Absichtserklärung mit Yad Vashem unterzeichnet. Seit 1993 bietet die Gedenkstätte mit ihrer International School for Holocaust Studies für Multiplikatoren, wie z. B. Lehrkräfte, Fortbildungen zur Erinnerungsarbeit an. Um von diesen Impulsen zu profitieren, haben viele Bundesländer bereits eine Kooperationsvereinbarung mit Yad Vashem abgeschlossen. Niedersachsen hat bislang noch keine solche Vereinbarung abgeschlossen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. bis Ende 2015 eine Kooperationsvereinbarung mit der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem abzuschließen und dabei den Schwerpunkt auf Lehrerfortbildungen zu setzen,
2. Mittel für die Fortbildung von Lehrkräften in Jerusalem bereitzustellen,
3. die Mittel für Fahrten von Schülergruppen zu den niedersächsischen Gedenkstätten ab dem Haushaltsjahr 2016 von 50 000 auf 150 000 Euro zu verdreifachen und
4. dem Landtag einmal jährlich über aktuelle Entwicklungen der Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen Bericht zu erstatten und dabei auch die finanzielle Situation der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten sowie der Gedenkstätten Bergen-Belsen und JVA Wolfenbüttel darzustellen.

Begründung

Die Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen ist 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs im Wandel begriffen. Um die Erinnerungen an die schrecklichen Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland und auch an den Gedenkort in Niedersachsen wach zu halten, ist es immer seltener möglich, Zeitzeugen einzubinden, denn die Zahl der Überlebenden nimmt stetig ab. Historiker und Pädagogen haben vielerorts bereits gute Konzepte entwickelt, um auch auf andere Weise möglichst authentische Darstellungen der Geschichte an alle Interessierten und insbesondere an junge Menschen vermitteln zu können. Dieser Wandel ist noch lange nicht abgeschlossen. Er erfordert neben neuen Konzeptideen auch den Einsatz neuer Medien und damit zusätzliche Ressourcen.

In Niedersachsen ist es gute Praxis, über Weiterentwicklungen der Gedenkstättenarbeit unabhängig von politischen Mehrheiten und damit im Landtag fraktionsübergreifend zu entscheiden. Das gilt auch für Fragen der Finanzierung. Im Stiftungsrat der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, deren Vorsitzende kraft Amtes die Kultusministerin ist, arbeiten Vertreter aller im Landtag vertretenen Fraktionen mit anderen maßgeblichen Vertretern von Verbänden und Institutionen vertrauensvoll und einvernehmlich zusammen.

Der 70. Jahrestag des Kriegsendes hat in den vergangenen Monaten die Gedenkstättenarbeit noch einmal intensiver in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Dabei hat sich gezeigt, dass die Akteure der Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen, allen voran die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, zur Umsetzung des dargestellten Wandels auf erhebliche, auch finanzielle, Unterstützung angewiesen sind.

- Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Gedenkfeier zum 70. Jahrestag der Befreiung des damaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen ist deutlich geworden, dass der Sanierungsbedarf dort größer ist als zuvor angenommen. Hier konnte das Land zwar kurzfristig finanziell einspringen, mittelfristig ist aber mit weiterem Modernisierungs- und Sanierungsbedarf zu rechnen. Zu prüfen ist auch, inwieweit dies ebenso andere Gedenkstätten betrifft.
- Das Budget zur Unterstützung von Schülerfahrten zu Gedenkstätten ist äußerst knapp bemessen, sodass eine Erhöhung und gegebenenfalls auch eine Veränderung des Vergabesystems der Förderung erwogen werden sollte.

Die Weiterentwicklung der Gedenkstättenarbeit und auch der Erinnerungsarbeit an den Schulen im Zusammenhang mit dem Holocaust ist ein Thema, das nicht auf Niedersachsen beschränkt ist. In der International School for Holocaust Studies in der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel erhalten jedes Jahr Tausende Lehrkräfte die Gelegenheit, sich mit Israelis über pädagogische, methodische und didaktische Fragen im Zusammenhang mit der Vermittlung der Geschichte des Holocaust auszutauschen.

Die Kultusministerkonferenz hat im Oktober 2013 eine Gemeinsame Absichtserklärung mit Yad Vashem unterzeichnet. Darin erklären die Partner u. a. ihre Absicht, „die Übermittlung und den Austausch von Informationen und Gedanken zwischen Yad Vashem und deutschen pädagogischen Einrichtungen, Hochschulen, Holocaust-Gedenkstätten, Museen und Organisationen in allen 16 Ländern der Bundesrepublik Deutschland zu fördern.“ Im März 2015 haben sich die Kultusministerkonferenz und die Botschaft des Staates Israel in einem Kommuniqué zur deutsch-israelischen Bildungszusammenarbeit dafür ausgesprochen, „weiterhin bei der Vermittlung von Kenntnissen über die Shoah in der Schule eng miteinander zu kooperieren“ und an die Absichtserklärung erinnert.

Vor dem Hintergrund dieser Vereinbarungen haben viele deutsche Bundesländer, darunter Bayern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen, bereits ihrerseits Absichtserklärungen mit Yad Vashem abgeschlossen, u. a. um den pädagogisch-didaktischen Austausch zu fördern und Lehrerfortbildungen in Kooperation mit Yad Vashem zu ermöglichen. Diese Erklärungen stehen in der Regel in den jeweiligen Bundesländern unter einem Finanzierungsvorbehalt. Sie dienen in erster Linie der Weiterentwicklung der schulischen Erinnerungsarbeit und der historisch-politischen Bildung in Zusammenarbeit mit den israelischen Partnern.

Die Landesregierung hat erklärt, eine Vereinbarung zwischen Yad Vashem und Niedersachsen werde derzeit erarbeitet und solle noch in diesem Jahr unterschriftsreif sein (*Hannoversche Allgemeine Zeitung* vom 2. Mai 2015). Der International School for Holocaust Studies lag bis zum 29. April 2015 noch keine Kontaktaufnahme aus Niedersachsen vor.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer